

Andreas Langenohl

Öffentliche Reaktionen auf das Schweizer Referendum über Minarettbau und auf „Deutschland schafft sich ab“ *

Einleitung: Mehrheitsgesellschaften und ihre Minderheiten

Der Denomination der Professur für Soziologie mit Schwerpunkt Allgemeiner Gesellschaftsvergleich, auf die ich in diesem Jahr berufen wurde, Rechnung tragend, widmet sich mein heutiger Vortrag dem Vergleich von Gesellschaften im gegenwärtigen Europa. Diese Gesellschaften könnte man in gegenwartsdiagnostischer Absicht als „kulturalisierte Mehrheitsgesellschaften“ bezeichnen. In den meisten von ihnen gibt es zurzeit relativ stark ausgeprägte Vorstellungen davon, wer zum gesellschaftlichen Mainstream gehört und wer nicht. Zugleich bewegen sich diese Vorstellungen innerhalb eines kulturalistischen Idioms, in dem von unterschiedlichen „Sitten“, „Mentalitäten“, „Kulturen“ oder neuerdings „Religionen“ die Rede ist. Im Folgenden stehen die gegenwärtigen Verhältnisse zwischen diesen Mehrheitsgesellschaften und ihrer Minderheit der Muslime am Beispiel zweier europäischer Gesellschaften, der Schweiz und Deutschland, im Vordergrund.

Mein Vorhaben ist ein politisch-soziologisches ebenso wie ein kultursoziologisches. Es geht um die Frage, wie gegenwärtige europäische Gesellschaften sich selbst beschreiben und welche Konsequenzen dies für die politisch-soziale Integration dieser Gesellschaften hat – wie zum Beispiel die Bedingungen aussehen, die denen gesetzt werden, die anerkannte Mitglieder dieser Gesellschaften sein wollen, die aber aus welchen Gründen auch immer in der und für die Mehrheitsgesellschaft eine „Minderheit“ bilden.

* Der folgende Text gibt in leicht umgearbeiteter Form die Antrittsvorlesung des Verfassers an der Justus-Liebig-Universität Gießen am 15. Dezember 2010 wieder.

Jene Bedingungen sind nicht nur rechtlicher oder staatsbürgerschaftlicher Natur. Gegenwartsgesellschaften beschreiben sich in öffentlichen Debatten, die in den Massenmedien ausgetragen werden. Dies sind nach wie vor die klassischen Medien Rundfunk und Zeitung. Das Internet hat zwar die *veröffentlichte* Meinung pluralisiert, aber auch dazu beigetragen, dass die Herrschaft der offiziellen Medien über die *öffentliche* Meinung bestärkt wurde. Nicht alles, was veröffentlicht wird, gilt als öffentlich. In etablierten Demokratien ist heute entscheidender denn je, wer und was es nicht nur auf eine ominöse Internetseite schafft, sondern wer und was zu den offiziellen Publikationsorganen der politischen Öffentlichkeit zugelassen wird. Die öffentliche Meinung wird nicht dem Pluralismus der Webseiten überlassen, und auch eifrige Internet-User verlassen sich meist immer noch auf die Webseiten von Zeitungen, TV-Kanälen und Nachrichtenagenturen.¹ Öffentliche Debatten hat man sich in der politischen Theorie, etwa bei Jürgen Habermas oder Hannah Arendt, oft als Diskussionen zwischen eindeutig identifizierbaren Akteuren in einem klar umgrenzten Raum vorgestellt.² Dieses Modell politischer Öffentlichkeit beruft sich auf die *agora* der altgriechischen Stadtstaaten, auf der anlässlich wichtiger Ereignisse (oft ging es um Krieg) im öffentlichen Plenum freier Bürger beraten wurde, was zu tun sei. Öffentliche Debatten der Gegenwart unterscheiden sich von dieser Konstellation nicht zuletzt dadurch, dass ihnen die Ereignisse, anhand derer sie sich kristallisieren, nicht äußerlich sind. In gegenwärtigen Gesellschaften, die sich im Medium der öffentlichen Debatte selbst beschreiben, haben viele der Ereignisse, die zu Kristallisationspunkten von Debatten werden, selbst Debattencharakter. So kann die Publikation eines Buchs, das beansprucht, Teil der öf-

fentlichen Debatte zu sein, selbst zu einem Ereignis werden. Dies weist darauf hin, dass Ereignisse nicht einfach eintreten wie Vorkommnisse oder Begebenheiten. Der Historiker Michel Foucault hat den Begriff der *événementialisation* gebraucht, um den Umstand zu benennen, dass Ereignisse nicht einfach vorliegen, sondern dass sie mit Bedeutung angereichert und gegenüber Nicht-Ereignissen und ihrer eigenen Kontinuität mit der Geschichte hervorgehoben werden.³ Nimmt man hier Reinhart Kosellecks Bestimmung des Ereignisses als einer Darstellungsweise des Geschichtlichen hinzu, in welcher ein Vorher von einem Nachher unterschieden wird,⁴ gelangt man zu der Überlegung, dass Ereignisse *verfertigt* werden. Ein Ereignis wird verfertigt, indem Bedeutung und Bedeutsamkeit um einen bestimmten Zeitpunkt herum konzentriert und anhand dieses Zeitpunkts ein Vorher von einem Nachher unterschieden wird. Das Ereignis ist also nicht einfach gegeben wie ein Vorkommnis oder eine Begebenheit. Wenn Vorkommnisse zu Ereignissen aufgestuft und mit einem Mehr an Bedeutung ausgestattet werden, ist dies auch die Folge öffentlicher Debatten, die sich an solchen Ereignissen ebenso entzünden wie sie sie erzeugen.

Die Öffentlichkeiten der Schweiz und Deutschlands haben in der jüngeren Vergangenheit Vorkommnisse zu Ereignissen gemacht, die unmittelbar mit der Frage zusammenhängen, wie die Verhältnisse zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit sind bzw. sein sollten: das erfolgreiche Schweizer Referendum gegen den Bau weiterer Minarette im Land am 29. November 2009 sowie die Publikation des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin am 30. August 2010. Angesichts der Gemachtheit von Ereignissen lautet meine Vergleichsfrage somit: wie wurden die Ereignisse des Anti-Minarettbau-Referendums und der Publikation von Sarrazins Buch als Einschnitte konstruiert, die Bedeutung für das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit haben? Für wen hatten diese verfertigten Ereignisse Bedeutung? Und welche Rückschlüsse erlauben diese Analysen auf Regelmäßigkeiten im Ablauf öffentlicher Debatten?

Einige Bemerkungen zur Methode. Ich folge einer qualitativ strukturierenden Inhaltsanalyse, welche das erhobene Material nach Kriterien, die zuvor theoretisch begründet wurden, ordnet und vergleicht.⁵ Hier geht es um die Frage, wie Ereignisse als bedeutsam für das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit in europäischen Gesellschaften konstruiert wurden. Die Datenbasis besteht aus Berichten, Kommentaren, Interviews und anderen Beiträgen in Tages- und Wochenzeitungen seit dem Ausbruch der Debatten und in der Woche nach dem Ereignis, die durch Suchbegriffe aus Zeitungsdatenbanken ermittelt wurden. Durch diese zeitliche Fokussierung der Erhebung lassen sich die medial-diskursiven Prozesse der Verfertigung der Ereignisse detailliert beobachten.

Die Schweizer Volksabstimmung über den Bau von Minaretten

Am 29. November 2009 sprach sich eine Mehrheit Schweizer Wahlberechtigter für eine Initiative aus, die den Bau weiterer Minarette in der Schweiz verbieten sollte. Die Volksabstimmung ging auf eine Initiative der Eidgenössisch-demokratischen Union (EDU) zurück, eine kleine Organisation ohne Massenbasis. Konkreter Anlass war der Plan der Errichtung zweier Minarette zusätzlich zu den vier, die damals in der Schweiz existierten. Der Initiative wuchs die Unterstützung seitens der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu, die bei den letzten Parlamentswahlen 29 Prozent der Stimmen eingefahren hatte. Schweizer Volksabstimmungen gelten dann als erfolgreich, wenn sich mehr als 50 Prozent der Stimmabgebenden in mehr als 50 Prozent der Kantone dafür aussprechen. Im Falle der Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten war das Ergebnis deutlich: 57,5 Prozent aller Stimmabgebenden stimmten zu, und in 22 von 26 Kantonen stellten sie die Mehrheit.

Diejenigen politischen Parteien, die dem Volksbegehren ablehnend gegenüber standen (u.a. die Regierungsparteien), hatten im Vorfeld der Abstimmung den Protest weitgehend einer Nichtregierungsorganisation mit Namen „Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz“ über-

lassen. So hatte sie auch darauf verzichtet, einen Gegenvorschlag zu formulieren, der dann bei der Abstimmung den Wählern als Alternative vorgelegen hätte. Da vor der Wahl nicht mehr als 37 Prozent der Befragten angegeben hatten, für das Verbot zu stimmen, war das Endergebnis eine Überraschung – nicht nur wegen der klaren Mehrheit der Befürworter, sondern auch, weil die Wahlbeteiligung bei verhältnismäßig hohen 53 Prozent gelegen hatte. Der Schock hierüber verschaffte sich u.a. Ausdruck in einer Webseite, die Scham über das Ergebnis zum Ausdruck brachte und auf der sich binnen 24 Stunden nach dem Referendum bereits 50.000 Menschen eingetragen hatten.

Wie reagierte nun die öffentliche Debatte auf das Vorkommnis, und wie wurde dieses zu einem Ereignis verfertigt? Referenden sind nicht aus sich selbst heraus Ereignisse. Gerade in der Schweiz, in der solche Abstimmungen auf Kantonal- oder Bundesebene häufig vorkommen, gehört das Referendum als politische Form fast schon zum Alltag. Was gerade dieses Referendum zu einem Ereignis werden ließ, waren zwei Umstände: erstens eine gewisse mediale Vorbereitung und Aufmerksamkeit für das Referendum, zweitens aber und vor allem das unerwartete Abstimmungsergebnis, das eine schockwellenartige Kommunikationssequenz auslöste – bzw. durch eine solche Schockwellenkommunikation zum Ereignis gemacht wurde. Ein Schock, nachdem er einmal überwunden ist, fordert Konsequenzen, weil nach ihm nichts mehr ist wie zuvor. Konsequenzen aber für wen? Ich komme damit zur Analyse der Pressedebatte, die sich auf die deutschsprachigen Schweizer Zeitungen bezieht.

Zunächst fällt auf, dass Befürworter wie Gegner des Referendums die Ansicht eint, in der Abstimmung hätte sich der Wählerwille Ausdruck verschafft. Während dies natürlich zur Rhetorik demokratischer Abstimmungen gehört, meldeten sich doch erstaunlich wenige Stimmen, die die Motivation der Befürworter des Minarettbauverbots hinterfragten. Stattdessen geht die Debatte praktisch direkt zur Frage über, was das Ergebnis für die Muslime in

der Schweiz bedeutet. Mit anderen Worten: nicht die Lage der Schweizer Mehrheitsbevölkerung gibt Anlass zur Debatte, sondern die Lage der muslimischen Minderheit und die Handlungszwänge, denen diese nun ausgesetzt ist. Dies veranschaulicht der Kommentar des Luzerner Bildungsdirektors kurz nach dem Referendum, der in der Neuen Luzerner Zeitung wie folgt paraphrasiert wurde: „Nachher seien die islamischen Gemeinschaften gefordert. Diese müssten per entsprechender Kommunikation aufzeigen – denn genau dies sei eine weit verbreitete Befürchtung in Teilen der Bevölkerung –, dass sie nichts mit fundamentalistischem Gedankengut zu tun hätten.“ (Neue Luzerner Zeitung, 1. 12.).

Das Referendum wird somit als politisch bedeutsam in erster Linie für die „Schweizer Muslime“ konstruiert. Damit in Verbindung steht die Erzeugung eines bestimmten öffentlichen Bildes der Schweizer Muslime, ein Bild, das sie für die Aufrechterhaltung des *Dialogs* mit der Mehrheitsgesellschaft in die Pflicht nimmt. Ich gebe einige Anhaltspunkte hierfür. Erstens fallen zahlreiche Berichte in den Schweizer Zeitungen über Reaktionen in der so genannten „islamischen Welt“ – in Ägypten, Syrien oder der Türkei – ins Auge. Während einerseits berichtet wird, dass deren Repräsentanten Entsetzen und Unverständnis angesichts des Referendums geäußert hätten, wird andererseits sofort darauf verwiesen, dass diese Repräsentanten die in der Schweiz lebenden Muslime aufgefordert hätten, Ruhe zu bewahren (Neue Zürcher Zeitung [NZZ], 1. 12.). Die Berichterstattung in islamischen Ländern sei ausgewogen, Politiker oftmals in ihrer Verurteilung des Referendums wesentlich schärfer als religiöse Repräsentanten, so das St. Galler Tagblatt vom 4. 12. Der meistangesehene Geistliche im Libanon „warnte die Schweizer Muslime vor Gewalt und forderte sie auf, einen positiven Umgang mit ihren Mitbürgern zu pflegen“, so ein Bericht. Als weitere Gewährsperson wird der Generalsekretär der Organisation der Islamkonferenz mit den Worten zitiert: „Ich glaube, dass die Muslime in der Schweiz und in der EU daran arbeiten müssen, das wahre Gesicht des Islam zu zeigen, jenes der Toleranz und des Zusammenlebens.“

(NZZ, 1.12.; vgl. auch NZZ, 3.12.). Die erste Auffälligkeit der Berichte in den Schweizer Massenmedien besteht somit in einer Unterstreichung des Aufrufs zur Friedfertigkeit und Dialogbereitschaft an die Muslime durch die „islamische Welt“. Jene Berichte werden von optimistischen Einschätzungen begleitet, die herausstellen, dass Muslime weltweit ihre Gefasstheit und Zurückhaltung dadurch unter Beweis gestellt hätten, dass es praktisch nirgends zu gewalttätigen Protesten gegen das Referendum gekommen sei (ebd.). Durch diese Darstellungen gerät das Referendum zu einem Belastungstest nicht für die Schweizer, sondern für die Muslime weltweit, denn die Implikation ist ja, dass mit gewalttätigen Ausschreitungen zu rechnen war. Das Referendum erscheint so als ein Ereignis, das für die *Muslime* bedeutsamer ist als für die Mehrheitsbevölkerung, denn sie sehen sich nun einem höheren Beobachtungsdruck ausgesetzt.

Zweitens wird in der Presse die muslimische Bevölkerung der Schweiz aufgerufen, den „wahren“, nämlich friedfertigen, Charakter des Islam zu repräsentieren, um der Mehrheitsbevölkerung die Vereinbarkeit des Islam mit der Gesellschaft und Kultur der Schweiz zu demonstrieren (NZZ, 3.12.). „Wir sollten einer anderen Religionsgemeinschaft vertrauen können, dazu muss diese selber aber auch Vertrauen und mehr Transparenz schaffen“ – so bringt es ein Leserbrief an das „St. Galler Tagblatt“ vom 4.12. auf den Punkt. Der ägyptische Schriftsteller Alaa al-Asweani, der vielen europäischen Medien als eine Gewährsperson für das Bild Europas in der islamischen Welt gilt, wird ganz in diesem Sinne mit einem Vorschlag zitiert, islamische Rechtsexperten in die Schweiz zu entsenden, um das Bild der Schweizer vom Islam zu korrigieren. Er rief islamische Geistliche auf, „mit der Entsendung kompetenter Rechtsgelehrter und Kulturwissenschaftler mehr Licht in die schweizerische Debatte um den Islam zu bringen. Auch diese Stimmen, meinte er zuversichtlich, würden im demokratischen Konzert Gehör finden.“ (NZZ, 1.12.). Obwohl al-Asweanis Vorschlag von einer deutlichen Kritik am Referendum begleitet wird, ergibt sich aus der Art und Weise, wie sein Vorschlag in der

Presse dargestellt wird, die Mitteilung an die Muslime, dass es in ihrer Verantwortung liege, falsche Einschätzungen des Islams seitens europäischer Gesellschaften gerade zu rücken. Der ägyptische Schriftsteller figuriert hier somit als eine „islamische“ Autorität, die jene Aufforderung an die Muslime begründet und mit Legitimität ausstattet, ebenso wie der Präsident der Stiftung Islamisches Kulturzentrum, Tuncay Zagli, über den folgendes berichtet wird: „Dass grosses Unwissen oder ein Irrglauben über den Koran und die angeblich darin enthaltenen Vorschriften über Zwangsehe und Verschleierung verbreitet sind, hätten die Muslimas und Muslime der Region im Gespräch mit Schweizerinnen und Schweizern darstellen können.“ (St. Galler Tagblatt, 2.12.).

Drittens werden die Muslime aufgefordert, mit *einer* Stimme zu sprechen und sich mit dieser Stimme zu den Grundwerten der Mehrheitsgesellschaft zu bekennen. Folgendes Zitat entnehme ich aus dem Bericht über eine Talkshow zum Referendum in der Berner Zeitung:

Die Muslime in der Schweiz sollten sich zu unseren Grundwerten bekennen, sagt [Thomas] Wipf [vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund]. Dazu gehört auch die Gleichbehandlung von Mann und Frau. [Bundesrätin Eveline] Widmer-Schlumpf wünscht sich mehr Einigkeit unter den Muslimen. Es sei fast unmöglich, alle verschiedenen Strömungen – von den Liberalen bis zu den extrem Konservativen – gemeinsam an einen Tisch zu bringen. – Selbst [Hisham] Maizar vom Dachverband der Muslime fehlt da der Durchblick bei den Muslimen in der Schweiz. [...] „Ins Islamische Haus gehört Ordnung. Muslime sollten sich zusammenraufen“, sagt Maizar. Er wünscht sich aber, dass die Schweiz mehr für die Einigkeit der Muslime unternimmt, was die Bundesrätin klar zurückweist. „Das ist keine Staatsaufgabe.“ (Berner Zeitung, 9. 1. 2010).

Die Muslime sollen sich also selbst organisieren mit dem Zweck, in der Öffentlichkeit als Einheit erkennbar zu sein. Dem entspricht komplexer die Befürchtung, dass sich die Muslime

aus der Öffentlichkeit zurückziehen und sich „in den Hinterhöfen verstecken könnten“. So wird der Basler Regierungspräsident Guy Morin in der Presse wiedergegeben (Basler Zeitung, 1. 12). Zusammen mit der politischen Bedeutsamkeit des Referendums als Ereignis wird somit ein Bild der „Schweizer Muslime“ konstruiert, denen angetragen wird, nach dem Referendum mit der Mehrheit in Dialog zu treten. Das Ereignis des Referendums ist somit in erster Linie bedeutungsvoll für die Muslime – nicht für die Mehrheitsgesellschaft. Man kann sogar sagen, dass sich „die Muslime“ als *öffentliche Figur* erst als Folge der Debatte um das Referendum bilden – und bilden sollen. Eine Figur ist eine Repräsentation einer Person oder einer Gruppe von Personen, deren Gültigkeit nicht von der tatsächlichen Existenz dieser Person oder Gruppe abhängt. Aus dem Pressediskurs wird ersichtlich, dass praktisch das ganze Gewicht der Arbeit des Dialogs dieser Figur aufgebürdet und sie aufgefordert wird, ihre öffentliche Repräsentation zu vereinheitlichen und richtig zu stellen – eine paradoxe Aufforderung, ist doch die Figur selbst nichts als eine Repräsentation.

Diese Einseitigkeit bezüglich der Frage, wer für den Dialog zwischen Muslimen und Mehrheit in der Schweiz nach dem Referendum verantwortlich ist, ist so frappierend, dass die Frage entsteht, wodurch sie ausbalanciert wird. Sie benötigt gewissermaßen ein diskursives Gegengewicht. Dieses Gegengewicht, so vermute ich, ist die *Konstruktion des demokratischen Abstimmungsergebnisses*. Es erscheint trivial festzustellen, dass dieses Ergebnis am 29. 11. da war, aber die Implikationen sind weniger trivial. Denn im Pressediskurs erscheint das Abstimmungsergebnis der Tendenz nach nicht als Ausdruck des *Mehrheitswillens*, sondern eines *allgemeinen Willens* – unabhängig davon, dass viele Schweizer dagegen stimmten. Dieser Konstruktion zufolge hat das Volk seinen Willen bekundet. Die Auslegung der Mehrheit als Wahlvolk und als Souverän, wie sie in der Presse betrieben wird, macht die Abstimmung somit unantastbar (NZZ, 1. 12.).

Gleichzeitig geht damit jedoch eine andere Souveränität verloren. Der politische Theoreti-

ker Claude Lefort und der Soziologe Marcel Gauchet haben argumentiert, dass die eigentliche demokratische Souveränität darin begründet liegt, dass sich im Akt der Wahl ein sichtbarer Unterschied zwischen der Vertretung des Volks in den politischen Institutionen – etwa den Parteien – und dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten einstellt.⁶ Der Wahlakt ist souverän nicht deswegen, weil sich eine Mehrheit bildet, die den allgemeinen Willen repräsentiert, sondern weil jeder einzelne Abstimmungsakt jedes einzelnen Bürgers in seinem Zustandekommen *einzigartig* ist. Denn dadurch unterläuft der Akt der Wahl in seiner Singularität jeden Anspruch auf Repräsentation „des Volks“ durch die politischen Institutionen. Im Wahlakt bleibt die Gesellschaft und ihre irreduzible Pluralität stets der Souverän gegenüber den politischen Institutionen. Der Diskurs über das Schweizer Referendum gegen den Bau von Minaretten aber geht über *diese* Souveränität hinweg. Übrig bleiben nur die Stimmzahlen, die das Ereignis begründen – die Stimmen dahinter verstummen. Der allgemeine Wille manifestiert sich als Ereignis – und kann dies doch nur, insofern die öffentliche Darstellung des Ereignisses die Tatsache ausblendet, dass der Souverän nicht einheitlich und mit sich selbst identisch ist.

Diese Diskrepanz zwischen der öffentlichen Darstellung des allgemeinen Willens des Volkes und seiner tatsächlichen Vielgesichtigkeit ist nicht nur eine theoretische Figur. Man denke etwa daran, dass es gegenwärtig immer schwerer fällt, Wahlergebnisse mit eindeutigen Motivationslagen, Milieuzugehörigkeiten oder sozialstrukturellen Positionen der Wähler in Verbindung zu bringen. Je mehr Variablen bekannt werden, die mit einem bestimmten Abstimmungsverhalten korrelieren, desto diffuser und unbestimmbarer wird „das Wahlvolk“ als Ganzes. Die Schweizer Debatte setzt dieser empirischen Gemengelage ein resolutes „Das Volk hat gesprochen“ entgegen. Die Volksabstimmung wird somit als ein Ausdruck einer Rousseauschen *volonté générale* betrachtet, als eine Stellungnahme des Volkes, die fordert, dass die andere Seite antworten möge. Um sich selbst als *ein* Wahlvolk formieren zu können,

benötigt sie eine antwortende Figur, ein Gegenüber. Als dieses Gegenüber fungiert in der öffentlichen Debatte die Figur der Schweizer Muslime. Die Funktion dieser Figur besteht darin, dem „Wahlvolk“ eine Antwort schuldig zu sein.

Das Referendum war kein Ereignis per se, sondern ein Vorkommnis, das durch eine *chockwellenartige Kommunikation* zu einem Ereignis gemacht wurde. In dieser Kommunikation fand eine Bestimmung des Verhältnisses zwischen Mehrheit und muslimischer Minderheit statt, in der die politischen Konsequenzen des Referendums überwiegend den Muslimen zugeschrieben wurden. Für die schweigende Mehrheit hat das Ereignis, folgt man dem Pressediskurs deutschsprachiger Schweizer Medien, nicht die Bedeutung einer Zäsur, sondern einer Rekonstitution als Souverän gegenüber der Minderheit. Und damit sich dieser Souverän konstituieren kann, braucht er jemanden, der ihm eine Antwort schuldig ist. Dieser Jemand ist die Figur der „Schweizer Muslime“.

Die Debatte um „Deutschland schafft sich ab“

Die deutsche Debatte um die Publikation des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin zeigt, dass Reaktionen auf ein Ereignis erfolgen können, bevor es überhaupt stattgefunden hat. Denn hier wurde das Ereignis bereits vor seinem Stattfinden konstruiert und auch kritisch reflektiert. Daran sieht man, dass die Reaktionen zumindest nicht unbeteiligt daran sind, das Ereignis symbolisch zu formen, auf das sie dann erst zu reagieren scheinen. Im Falle von Sarrazins Buch handelte es sich darum, dass einzelne Abschnitte bereits vor Erscheinen des Buchs und seiner Vorstellung durch den Autor am 30. August 2010 in der „Bild-Zeitung“ und im „Spiegel“ abgedruckt worden waren. Während man darin – wie es in der Folge auch nicht wenige Kommentatoren taten – einfach eine Werbekampagne des Verlags sehen mag, bei dem Sarrazins Buch erschienen ist, ist die Zeitstruktur dieses Vorgangs komplexer.

Die Vorabdrucke des Buchs riefen ein Echo hervor, welches die Weichen für die Debatte zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buchs bereits gestellt haben würde.⁷ So gaben unmittelbar nach Abdruck einiger Passagen aus „Deutschland schafft sich ab“ sowohl SPD-Chef Sigmar Gabriel als auch Kanzlerin Angela Merkel ihre Ansichten wieder, dass das Buch nicht hinnehmbar sei. Gabriel ließ am 23.8. verlauten, das vorab Veröffentlichte sei teilweise „dämlich“, die Sprache „gewalttätig“ und das Buch unter Umständen „rassistisch“. Merkel ließ am 24.8. über ihren Pressesprecher Steffen Seibert mitteilen, das Buch enthalte Formulierungen, „die für viele Menschen in diesem Land nur verletzend sein können, die diffamieren, die sehr, sehr polemisch zuspitzen und die überhaupt nicht hilfreich sind bei der großen nationalen Aufgabe in diesem Land, bei der Integration voranzukommen“. So war die Debatte um das Buch einerseits durch ein Echo vorgezeichnet, das ihm vorauslief. Andererseits aber war dieses Echo maßgeblich dadurch bedingt, dass es sich um *Vorabdrucke* eines Buchs handelte. Wären es beispielsweise nur Intervieweinlassungen der Art gewesen, für die Sarrazin schon im Jahr zuvor – am 30. September 2009 in der Zeitschrift „Lettre International“ – bekannt geworden war, wäre die öffentliche Reaktion vermutlich viel leiser ausgefallen. Allein die Tatsache, dass es sich um *Auszüge* aus einem *Buch* handelte, das aber *noch nicht veröffentlicht war*, macht die Vehemenz der Einlassungen verständlich.

Die öffentlichen Reaktionen auf ein Buch vor dessen Erscheinen gaben der Debatte im Vergleich zu derjenigen um das Minarettbau-Referendum in der Schweiz eine andere Prozessstruktur. Das Ereignis der Publikation von „Deutschland schafft sich ab“ war ein in doppeltem Sinne *diskursives* Ereignis. „Diskursiv“ bezieht sich hier sowohl auf die Weise der Konstruktion des Ereignisses als auch auf das Konstrukt selbst. Das Ereignis war ein Buch, selbst Teil einer öffentlichen Debatte, eines Diskurses. Zugleich erfolgte die Ereigniskonstruktion ebenfalls auf diskursivem Wege, d.h. durch Einlassungen von Politikern, Prominenten, Intellektuellen und Bürgern (etwa durch Leser-

briefe), die dann durch Veröffentlichung in Zeitungen, im Internet oder im Fernsehen publik gemacht wurden. Diese Kontinuität zwischen dem Charakter einer Buchpublikation und dem der sozialen Prozesse, die sie zu einem Ereignis machten, erzeugte Debattenstrukturen, die ihren Verlauf entscheidend prägten.

So „lebte“ die Debatte um Sarrazins Buch wesentlich von Verweisen zwischen einzelnen Beiträgen, die es der Debatte jederzeit erlaubten, jeden Beitrag als Teil des Ereignisses „Deutschland schafft sich ab“ zu deuten – auch dann, wenn Beiträge der Intention nach die *Debatte* zum Gegenstand ihrer Analyse hatten und nicht das Buch selbst. Eine solche Debatte über die Debatte konnte sich zu keinem Zeitpunkt von dem Ereignis, zu dem das Buch gemacht worden war, ablösen. Im Gegenteil: gerade die Kommentare *über* die Debatte wurden Teil der Dynamik der Debatte und damit selbst zum Teil des Ereignisses. Im Unterschied zur Schweiz, wo man es mit einer schockwellenartigen öffentlichen Kommunikation zu tun hatte, folgte die „Sarrazin-Debatte“ eher einer Art *Tagesordnung*: Stellungnahmen und Positionierungen bestimmter Akteure waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt erwartbar, wurden denn auch öffentlich abgefragt und so gewissermaßen abgearbeitet. Das zeigt sich exemplarisch anhand eines wiederkehrenden Topos in der Diskussion, nämlich der Frage, wie wichtig es war, *das Buch tatsächlich gelesen zu haben*, um an der Debatte teilnehmen zu können. Hierauf werde ich gleich zurückkommen.

Zunächst jedoch eine Fortführung der Chronologie der Debatte, die Sarrazins Buch zum Ereignis machte. Bereits am 24. 8. wurden Reaktionen von Politikern auf Buchausschnitte veröffentlicht. Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) wird dahingehend zitiert, Sarrazin schreibe das auf, was Insider längst wüssten. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, vermisste laut Presseberichten die „Erfolge und Verdienste der Zuwanderergenerationen“. Der Berliner CDU-Fraktionschef Frank Henkel, in Anspielung auf Sarrazins Vergangenheit als Finanzsenator in Berlin, äußerte Unverständnis darüber, dass Sarrazin „die auch von ihm verur-

sachten Missstände beklagt“. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wird deutlich, welche Rolle die Presse bei der Konstruktion des Ereignisses „Deutschland schafft sich ab“ spielen wird: Sie sammelt, bündelt und komprimiert Meinungen und Ansichten verschiedener thematisch involvierter Akteure, erzeugt Erwartungen weiterer Positionierungen und verfertigt mit beidem die Relevanz des Buchs.

Derselbe Prozess lässt sich in den Pressekompilationen von Reaktionen nachweisen, in denen Konsequenzen gefordert werden. So werden die AG Migration der Berliner SPD, ihre Vorsitzende und Abgeordnete Ülker Radziwill und der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Raed Saleh, mit der Frage zitiert, ob Sarrazin noch Mitglied der SPD bleiben könne. Über den Fraktionschef der Linken, Udo Wolf, wird berichtet, er halte Sarrazins Äußerungen für „unerträglich rechtspopulistisch“, sie wirkten „gesellschaftszersetzend und desintegrierend“. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration verurteilte Sarrazin für die Verbreitung „von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und bössartigen Verallgemeinerungen“. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), warf Sarrazin am Dienstag „pauschale Polemik gegen muslimische Migranten“ vor, die „diffamierend und verletzend“ sei. Am selben Tag trat Sarrazin erstmals seit dem Beginn der Debatte öffentlich auf, indem er Passagen aus seinem Buch vorlas.

Die Konstruktion des Ereignisses des Buchs konsolidierte sich weiter ab dem 25. 8., als eine ganze Reihe von Zeitungen (Berliner Morgenpost, Wormser Zeitung u.a.) begannen, die bisherige Debatte zusammenzufassen und das Ereignis mit Bedeutung anzureichern, indem ihm immer neue Facetten und potenziell involvierte Akteure beigelegt wurden: der beleidigende und möglicherweise rassistische Grundtenor des Buchs; der drohende SPD-Ausschluss und Entlassung aus dem Vorstand der Bundesbank; die Nähe zur NPD, in die Sarrazin von unterschiedlichen Kritikern gerückt wird. Am 27. 8. führen die Stuttgarter Nachrichten die Bestandsaufnahme fort, indem Stellungnahmen

von CDU-Politiker und Chef des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, von Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, von Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sowie von Bundesbankchef Axel Weber zusammengetragen werden. Zur Ereigniskonstruktion gehört auch, dass am selben Tag und in denselben Blättern erstmals Informationen über die sehr hohen Vorverkaufszahlen des Buches bekannt werden.

Am 28. und 29. 8. setzt sich die diskursive Ereigniskonstruktion fort, indem viele Zeitungen Leserbriefe (Tagesspiegel), Interviews mit Sarrazin (Berliner Morgenpost) sowie Stellungnahmen seiner Gegner (Frankfurter Rundschau) abdrucken. In diesen passieren die Beiträge der vergangenen Woche Revue und verdichten sich gleichsam zu einem Tableau der Ansichten zum Thema. Am Montag, dem 30. 8., wird dann schließlich das Buch auf der Bundespressekonzferenz von der Soziologin Necla Kelek vorgestellt, die sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (31. 8.) folgendermaßen äußert: „Hier hat ein verantwortungsvoller Bürger bittere Wahrheiten drastisch ausgesprochen und sich über Deutschland den Kopf zerbrochen“. Keiner der Kritiker von Sarrazins Buch habe bisher inhaltlich auf die Vorschläge Sarrazins reagiert, geschweige seine Thesen widerlegt, wird Kelek weiter paraphrasiert.

Die Widerlegung des Buchs bildet Gegenstand der Diskussion in den darauf folgenden Tagen. Am Abend der Buchpräsentation trifft Thilo Sarrazin in Reinhold Beckmanns Talkshow auf den Vorwurf des inszenierten Tabubruchs (Renate Künast), der „verächtlichen Art und Weise“ seiner Äußerungen (Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen), der Veraltetheit der Argumentation (Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar) und des Auslösens einer „großen Wut bei jungen Leuten“ (Sozialpädagoge Thomas Sonnenburg). Diese Beiträge werden Tags darauf in der Presse hervorgehoben (etwa der Berliner Morgenpost). Im Laufe der Woche werden weitere inhaltliche Aspekte des Buchs diskutiert sowie weitere Dossiers und Tableaus von öffentlichen Meinungen zusammengetragen, die die Journalistin Sibylle

Thelen in der Stuttgarter Zeitung bereits am Freitag, dem 3. 9. wie folgt zusammenfasst und damit quasi für abgeschlossen erklärt: „Sozialdarwinismus und Biologismus, genetischer Schicksalsfatalismus und demografische Apokalypse, Sozialphilosophie und Sozialmissbrauch – vieles ist in den vergangenen Tagen mit voller Berechtigung und fundiert diskutiert worden. Sarrazins Zuspitzungen wurden entlarvt, sein Szenario der Angst mit Argumenten entkräftet.“ An den inhaltlichen Grundkoordinaten der Diskussion hat sich seitdem tatsächlich nicht mehr viel geändert.

Die Debatte um Sarrazins Buch war bereits vor der Publikation eine Debatte, die ein Ereignis begründete. Eine Analyse der Art und Weise, wie dieses Ereignis mit politischer Bedeutung versehen wurde, ein Vorher von einem Nachher unterschied sowie die Mehrheit von der Minderheit trennte, zeigt nun, dass diese Zuschreibungen von Bedeutsamkeit wenig bis nichts mit dem Inhalt des Buchs zu tun haben. Mit anderen Worten: Was das Buch zu einem Ereignis machte, war nicht das, was in ihm stand. Um dies genauer darzulegen, muss man auf einen bereits erwähnten Topos der Diskussion eingehen: nämlich den Topos des „gelesen Habens“. Sarrazin gebrauchte in seinen öffentlichen Stellungnahmen häufig das Argument, seine Gegner hätten das Buch nicht gelesen, um deren Vorwürfe, es enthalte rassistische Argumente, abzuwehren. Zum ersten Mal zeigt sich diese Strategie am 26. 8. in einem Interview mit der „Zeit“:

ZEIT: Sie sagen, dass Intelligenz vererbbar ist, aber verschweigen, dass sie auch von Umwelteinflüssen abhängt und Wechselwirkungen zwischen Anlage und Umwelt bestehen. Mit der Vererbung ist es also nicht getan.

Sarrazin: Das hatte ich gerade gesagt. Nicht umsonst findet sich in meinem Buch ein langes Kapitel über Bildung. Das haben Sie hoffentlich genauso gründlich gelesen. (Die Zeit, 26. 8.).

Ein weiteres Beispiel findet sich in der Berliner Morgenpost:

Morgenpost: Herr Sarrazin, Ihr Buch ist schon vor Erscheinen ein Bestseller. Haben Sie sich schon bei der Kanzlerin und SPD-Chef Gabriel bedankt, die sich werbewirksam empört haben?

Thilo Sarrazin: Es ist erstaunlich, wie viele Menschen über das Buch reden, ohne es gelesen zu haben. Aber es scheint so, dass sich Frau Merkel zu einer meiner besten Verkaufsförderinnen gemacht hat. [...] Ich äußere mich nicht zu Kommentaren von Leuten, die mein Buch erkennbar nicht gelesen haben. Das gilt auch für Sigmar Gabriel (Berliner Morgenpost, 29. 8.).

Erstaunlicherweise verwenden Sarrazins Kritiker keine übertriebene Energie darauf, diesen Einwand zu entkräften, und weisen stattdessen zur Begründung ihrer Kritiken auf die Vorabdrucke des Buchs. Hier besteht eine Parallele zu einer anderen öffentlichen Debatte anlässlich einer Buchpublikation, nämlich des Buchs „Satanische Verse“ von Salman Rushdie im Jahre 1988. In dieser Debatte äußerten sowohl vehemente Gegner wie entschiedene Befürworter des Buchs, dass es unnötig sei, es zu lesen, um seine Bedeutung einzuschätzen. Während die Gegner zumeist argumentierten, das Buch verletze die Würde des Islam schon in seinem Titel und dürfe daher nicht gelesen werden, um verurteilt werden zu können, konkretierten die Befürworter, schon allein die Drohungen gegen Rushdie rechtfertigten ein Einstehen für die Werte der öffentlichen Meinungsfreiheit, unabhängig davon, was Rushdie tatsächlich geschrieben habe.⁸ Nicht unähnlich scheint es sich mit Thilo Sarrazins Buch zu verhalten. Die gesellschaftliche und politische Bedeutung, die dem Buch zugeschrieben wird, liegt weniger in dem, was geschrieben steht, sondern in der Anschlusskommunikation, die das Buch erzeugt – die Bedeutung des Buchs liegt mithin in der Debatte. Das kann man anhand folgender drei Merkmale der Debatte zeigen.

Erstens: Sarrazins Befürworter stützten sich von Anfang an weniger auf die inhaltlichen Argumente als eher darauf, dass Sarrazin zum Ausdruck bringe, was viele denken. Berufen konn-

ten sie sich auf einen Satz des Autors: Er wolle das „große gesellschaftliche Bedürfnis nach ungeschminkter Wahrheit“ bedienen, hieß es im Buch, wie am Montag einige Zeitungen berichteten (etwa die Aachener Zeitung, 30. 8.). Zugleich bestritt Sarrazin, ein Tabu gebrochen zu haben: er spreche nur das aus, was die Gesellschaft denke, wenngleich die politische Klasse es nicht hören wolle. Interviews mit Kaufinteressierten in Berliner Buchläden, die in den Zeitungen publiziert wurden, untermauerten ebenfalls den Eindruck, der Wert von Sarrazins Buch liege darin, dass es die Kluft zwischen politischer Korrektheit und Wirklichkeit anprangere (Tagesspiegel, 28. 8.). Zur Ereigniskonstruktion gehörte somit eine Rahmung des Buchs als allgemeine Stellungnahme zum Verhältnis zwischen Politik und Bürgern unabhängig von seinem besonderen Inhalt.

Zweitens: der Wert des Buchs steht und fällt in der öffentlichen Diskussion mit der Frage, ob es einen „wichtigen Beitrag zur Debatte“ um Integration und Migration geleistet habe. Eine solche Debatte versprach der Spiegel bereits anlässlich des ersten Abdrucks von Kostproben aus Sarrazins Buch. Auch die frühen Einlassungen Gabriels und Merkels erzeugten von Anfang an die Erwartung einer Debatte. Die Befürworter und auch einige Kritiker bescheinigen dem Buch diese Leistung, zum Beispiel Necla Kelek: „Der Eindruck dränge sich auf“, so zitiert das Hamburger Abendblatt die Soziologin am 30. 8., „dass eine längst überfällige Debatte mit ‚bewährten Begriffen wie Rassismus und Populismus kontaminiert werden soll““. Die meisten Kritiker indes sprechen dem Buch dieses Verdienst ab. Renate Künasts Auftritt bei Beckmann etwa wird in der Presse folgendermaßen wiedergegeben: „Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) tat es um die Zeit leid, die sie mit dem überholten Zeug verbringen musste“ (Tagesspiegel, 1. 9.). Resümierend wird konstatiert: „Trotz aller Kritik an Sarrazin haben seine Thesen eine neue Integrationsdebatte in Deutschland ausgelöst.“ (Berliner Morgenpost, 3. 9.).

Drittens: im Zusammenhang hiermit ist die Eigentümlichkeit zu sehen, dass Popularität und inhaltliche Angemessenheit des Buchs in der

Debatte voneinander getrennt werden. Auch die Kritiker Sarrazins räumen ein, dass die Bedeutung des Buchs in seiner Popularität bestehe. Gabriel berichtete, dass 90 Prozent der Zuschriften, die die SPD-Zentrale in Sachen Sarrazin erreichten, Zustimmung äußerten (Spiegel-Online, 3. 9.). Immer wieder erwähnt wurden Umfragen und E-Mail-Zuschriften, etwa während Beckmanns Talkshow, deren Auswertung stets ergeben hätte, dass dem Buch mehrheitlich Zustimmung entgegengebracht werde. An dieser Zustimmung führt für die Kritiker zwar kein Weg vorbei, aber ihnen steht die Möglichkeit offen, das Eingeständnis der Popularität des Buchs von seinen Aussagen zu trennen, wie folgendes Beispiel zeigt: „Die Argumentation von Merkel, Gabriel und Co.: Ja, es stimmt, nicht alles in der Integrationspolitik läuft nach Plan. Und nein, man kann deshalb keine derart verallgemeinernden Thesen wie Sarrazin aufstellen.“ (Spiegel-Online, 3. 9.). Auf diese Weise gewann die Popularität des Buchs ein Eigenleben als „Teil einer Debatte“, und zwar unabhängig von den im Buch vorfindlichen Thesen. Fragt man nun, wie die politische Bedeutung des Ereignisses „Deutschland schafft sich ab“ in der öffentlichen Debatte hervorgebracht wurde, dann bildet diese Eigentümlichkeit der Debatte, den Inhalt des Buchs für letztlich wenig relevant zu erklären, ihre eigentliche Pointe. Die Publikation des Buchs wurde in den Medien als ein Ereignis konstruiert, dessen Bedeutung weniger in dem tatsächlichen Gehalt des Buchs besteht, sondern darin, einen *Anstoß* gegeben zu haben: einen Anstoß, politische Verkehrsformen, Bürgerferne der Politiker, das Verschweigen unliebsamer Wahrheiten und anderes zu kritisieren. Mit anderen Worten: Das Buch findet seine politische Raison in der Existenz dieser Debatte. Eben deswegen konnte sie beginnen, bevor das Buch überhaupt vorlag. Beispielhaft findet sich diese Raison in folgendem Beitrag aus der Stuttgarter Zeitung (3.9.):

Es war keine schlechte Debatte, auch wenn ihre Hauptperson keine gute Figur gemacht hat. – Und doch wäre es ein Fehler, die Debatte zu beenden, denn es gibt

nicht nur diejenigen, die sich mit Fakten gegen Analysen à la Sarrazin verwahren. Es gibt auch diejenigen, die genau die Ängste empfinden, von denen er schreibt. Ein Abbild davon vermittelt das Internet, man muss nur die Kommentare dort lesen.

Dieses Zitat besagt folgendes: auch wenn das, was Sarrazin schreibt, falsch ist, ist es bedeutsam, weil es zum Kristallisationspunkt von Ängsten der Mehrheitsgesellschaft wird. Und diese müssen abgearbeitet werden. Die Verlaufsstruktur der Debatte ist, im Unterschied zur Schweiz, weniger als ein schockwellenartiges Echo auf ein als Schock konstruiertes Ereignis zu veranschaulichen, sondern eher als Abfragen von Positionen, Problematiken und Stellungnahmen bei erwartbaren Akteuren – und zwar genau deswegen, weil es eine *angekündigte* Debatte war. Es ist tatsächlich, als ob die Debatte eine Tagesordnung hätte.

Es ist diese Verlaufsstruktur der Debatte, durch die in Deutschland das Verhältnis zwischen Mehrheit und muslimischer Minderheit bestimmt wird. In der Schweiz wurde jenes Verhältnis dadurch bestimmt, dass die politischen Konsequenzen des Referendums der Minderheit zugeschrieben wurden. In Deutschland ist es in gewisser Weise umgekehrt, denn die Debatte durchläuft einen *Parcours*, der fast schon gezielt in Richtung allgemeiner Fragen politischer Mehrheitskultur – und nicht zuletzt Debattenkultur – in Deutschland führt. Das Ereignis Sarrazin wird somit als Kristallisationspunkt *mehrheitsgesellschaftlicher* Fragen des demokratischen Zusammenlebens konstruiert – und das ist der Grund, warum ein Buch, das sich mit *Minderheiten* befasst, für eine solche Debatte *inhaltlich* nicht wichtig ist.

Resümee: Debattenverläufe vergleichend analysieren

Ich fasse die Ergebnisse meiner Ausführungen zusammen. Deren theoretisch-methodischer Ausgangspunkt war erstens, dass sich zeitgenössische Gesellschaften über öffentliche Debatten selbst beschreiben; zweitens, dass diese

nicht nur themenbezogen sind, sondern immer bestimmten Anlässen folgen; dass aber drittens, diese Anlässe nicht einfach da sind, sondern als Ereignisse in der Debatte hergestellt werden. Die Art und Weise, wie zwei europäische Gesellschaften über das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit debattieren, belegt diesen Mechanismus aufs Erhellendste. In der Schweiz wie in Deutschland wurden zwei Vorkommnisse zu Ereignissen aufgestuft, denen politische Bedeutsamkeit für dieses Verhältnis zugesprochen wurde. Ich wollte zeigen, was genau hier „politische Bedeutsamkeit“ heißt – insbesondere, für wen diese gemachten Ereignisse als bedeutsam dargestellt wurden, für die Mehrheit oder für die Minderheit.

Die Debatte, die sich an das Referendum in der Schweiz anschloss, war eine Schockwellendebatte, die die Frage nach den Konsequenzen des unerwarteten Abstimmungsergebnisses in den Vordergrund schob. Sie reichte die Verantwortung für die Folgen des Referendums an die Muslime weiter. Es waren die Muslime, die nach dem 29. November 2009 zu intensivierten Bemühungen um Dialog aufgerufen wurden und denen angetragen wurde, öffentlich mit einer Stimme zu sprechen, damit sie dem allgemeinen Willen des Wahlvolkes Rede und Antwort stehen können.

Im Unterschied hierzu ist in Deutschland der Adressat, für den die Debatte um Thilo Sarrazins Buch bedeutsam ist, letztlich die Debatte selbst, und sie ist eine Debatte unter Deutschen. Das Buch stellt so etwas wie einen Platzhalter dar, der so gut wie irgendein anderer geeignet ist, eine solche Debatte auszulösen, weil sie einer Art Agenda folgt, die nacheinander verschiedene Positionen abarbeitet. Deswegen war es so wenig entscheidend, ob das Buch tatsächlich, und von wem, gelesen wurde. Deswegen auch blieb von Sarrazins tatsächlichen Argumenten und von seinen Vorwürfen, seine Kritiker hätten das Buch nicht gelesen, so wenig übrig. Was übrig blieb, war eine Auseinandersetzung, in der es um sehr allgemeine Dinge wie die Ferne zwischen Bürgern und Politikern, den Umgang mit diffusen Ängsten oder die Möglichkeit einer Volkspartei rechts von der CDU ging. Alle die-

se Dinge hatten mit politischen Belangen der Mehrheitsgesellschaft zu tun – und wenig mit denen der Minderheit.

Öffentliche Debatten erscheinen häufig als Debatten „über etwas“, so als existiere dieses Etwas vollkommen unabhängig von der Art und Weise, wie es diskutiert wird. Die Debatten in der Schweiz und in Deutschland zum Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit führen jedoch vor Augen, dass die Ereignisse, die sie auslösten, selbst Konstrukte der Debatte sind – und mehr noch, dass die Folgen solcher Debatten höchst manifeste Konsequenzen für das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit haben können. Eine vergleichende Analyse nicht nur des „Was“, sondern auch des „Wie“ der öffentlichen Debatte – Verlaufsmuster, Figuralisierungen und Adressierungsformen – bleibt daher wichtige Aufgabe der politischen Soziologie und der Kulturosoziologie.

Anmerkungen:

¹ S. Felix Schrape: *Neue Demokratie im Netz? Eine Kritik an den Visionen der Informationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript 2010.

² Hannah Arendt: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper 1967; Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied/Berlin: Luchterhand 1962.

³ Michel Foucault: Diskussion vom 20. Mai 1978, in: Ders.: *Geometrie des Verfahrens. Schriften zur Methode*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 2009, S. 248–265. Ich danke Nicole Falkenhayner und Özkan Ezli (beide Universität Konstanz) für den Hinweis. S. auch Özkan Ezli: Einleitung, in: Ders. (Hg.): *Kultur als Ereignis. Fatih Akins Film „Auf der anderen Seite“ als transkulturelle Narration*. Bielefeld: transcript 2010, S. 7–14.

⁴ Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979.

⁵ Philipp Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe Flick u.a. (Hg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Beltz, S. 209–213.

⁶ Claude Lefort und Marcel Gauchet: Über die Demokratie. Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen [Mitschrift und Redaktion einer Lefort-Lesung von 1966/67 durch Marcel Gauchet], in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990, S. 89–122; Marcel Gauchet: Tocqueville, Amerika und wir. Über die Entstehung der demokratischen Gesellschaften, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990, S. 123–206.

- ⁷ In den folgenden Abschnitten, die die Chronologie der Debatte bis zum Erscheinen des Buchs wiedergeben, zitiere ich Agenturmeldungen (meist dpa) sowie deren ubiquitäre und nahezu wortgleiche Aufgriffe in unterschiedlichsten Zeitungen (s. die Datenbank LexisNexis).
- ⁸ Diesen Hinweis verdanke ich Nicole Falkenhayner (Konstanz), die in ihrem Dissertationsprojekt „Repräsentation und Erinnerung: Die Rushdie-Affäre“ der öffentlichen Figuralisierung der „British Muslims“ in der Gegenwart nachgeht, in der die Vergegenwärtigung der Debatte um Salman Rushdies Buch „The Satanic Verses“ eine zentrale Rolle spielt.

Kontakt:

Prof. Dr. Andreas Langenohl
Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Soziologie
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
E-Mail:
andreas.langenohl@sowi.uni-giessen.de